

Datenschutzinformationen der Psychosozialberatung

Verantwortliche Stelle

Die psychosoziale Beratungsstelle des Studierendenwerks Frankfurt am Main, AöR, Rostocker Str. 2, 60323 Frankfurt am Main, Tel. 069/798-34906, verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten ausschließlich zur Organisation und Durchführung der Beratung.

Zweck und Dokumentation der verarbeiteten Daten

Im Rahmen der psychosozialen Beratung verarbeiten wir personenbezogene Daten, die für die Durchführung und Dokumentation der Beratung erforderlich sind. Hierzu können insbesondere gehören:

- Stammdaten (z. B. Name, Kontaktdaten),
- Termin- und Organisationsdaten,
- Angaben zum Beratungsverlauf (z. B. Gesprächsnotizen).

Darüber hinaus können im Beratungskontext auch besondere Kategorien personenbezogener Daten im Sinne des Art. 9 Abs. 1 DSGVO verarbeitet werden. Dies umfasst insbesondere:

- Angaben zum psychischen oder physischen Gesundheitszustand,
- Informationen zu Belastungssituationen,
- ggf. Diagnosen oder Verdachtsdiagnosen,
- Angaben zu therapeutischen Vorbehandlungen,
- sonstige sensible persönliche Lebensumstände.

Die Dokumentation dient dem ausschließlichen Zweck der fachlichen Nachvollziehbarkeit sowie der Qualitätssicherung der Beratung. Nur Mitarbeitende der Beratungsstelle haben Zugriff. Die Unterlagen werden nur so lange gespeichert, wie dies für die Durchführung, Dokumentation und Nachbereitung der Beratung erforderlich ist. Anschließend werden sie gelöscht bzw. vernichtet.

Der freiwillige Fragebogen dient der Einschätzung Ihrer Situation. Die statistische Auswertung erfolgt ausschließlich anonymisiert; ein Personenbezug ist nicht mehr möglich.

Schweigepflicht & Weitergabe

Alle Mitarbeitenden unterliegen der Schweigepflicht. Eine Weitergabe an Dritte oder andere Stellen der Hochschule erfolgt nur mit Ihrer Einwilligung oder bei gesetzlicher Verpflichtung, siehe nächster Abschnitt. Innerhalb des Teams werden Informationen nur weitergegeben, wenn dies für Ihre Beratung erforderlich ist. Von uns zur Qualitätssicherung der Beratung beauftragte Supervisor*innen erhalten anonymisierte Informationen und sind ebenfalls zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Rechtsgrundlagen & Ihre Rechte

Rechtsgrundlagen für die Beratung sind Art. 6 Abs. 1 lit. a, Art. 9 Abs. 2 lit. a DSGVO. Soweit wir aufgrund einer akuten Selbst-/Fremdgefährdung, die nicht mit anderen Maßnahmen abgewendet werden kann, ihre Daten an Dritte weitergeben, erfolgt diese Datenverarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. d, f, Art. 9 Abs. 2 lit. c DSGVO. Das berechtigte Interesse liegt im Schutz Ihrer körperlichen Unversehrtheit, sowie der Dritter. Die Angabe Ihrer Daten ist

freiwillig; soweit bestimmte Angaben für die Durchführung der Beratung erforderlich sind, kann ohne diese eine Beratung ggf. nicht oder nur eingeschränkt erfolgen, fragen Sie uns dazu gerne persönlich. Ihre Einwilligung können Sie jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen gem. Art. 7 Abs. 3 DSGVO.

Sie haben das Recht auf Auskunft gem. Art. 15 DSGVO, Berichtigung gem. Art. 16 DSGVO, Löschung gem. Art. 17 DSGVO, Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO sowie Datenübertragbarkeit gem. Art. 20 DSGVO.

Vorgenannte Rechte können Sie gegenüber dem Datenschutzbeauftragten unter nachgenannter E-Mail-Adresse geltend machen: datenschutz@swffm.de.

Darüber hinaus haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde gem. Art. 77 DSGVO. Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist: Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden, Tel.: 0611-1408 0, E-Mail: poststelle@datenschutz.hessen.de. Weitere Informationen zum Datenschutz bei uns finden Sie unter nachfolgendem Link: <https://www.swffm.de/datenschutz>.

**Einwilligung in die Verarbeitung meiner Daten zur Beratungsdurchführung:
Obige Informationen habe ich zur Kenntnis genommen. Mit der Verarbeitung meiner Daten bin ich einverstanden.**

.....
(Ort, Datum)

.....
(Name, Vorname)

.....
(Unterschrift)

Einwilligung in Email-Kommunikation (optional)

Es besteht die Möglichkeit, Informationen per E-Mail zu erhalten. Dabei werden ausschließlich organisatorische Hinweise (z. B. Terminvereinbarungen oder Terminverschiebungen) übermittelt. Es werden keine persönlichen oder inhaltlichen Angaben aus der Beratung per E-Mail versandt. Mir ist bekannt, dass die Kommunikation per E-Mail grundsätzlich ein erhöhtes Risiko für den Schutz personenbezogener Daten darstellen kann. Auch diese Einwilligung erfolgt freiwillig und kann mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Emailadresse:

Bitte ankreuzen:

- ☐ Ich bin einverstanden, dass die Beratungsstelle mich per E-Mail zu organisatorischen Zwecken kontaktieren darf (Terminvereinbarung, Terminverschiebung, Terminerinnerung etc.).